

DGB BBR · Keithstraße 1 · 10787 Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
Bürgermeister Kai Wegner
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 Auswirkung auf die Beschäftigung in Berlin-Brandenburg

5. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wir wenden uns heute an Sie, weil wir angesichts des Urteils des BVerfG und den daraus entstandenen Diskussionen in großer Sorge um die Zukunft unseres Landes sind.

Es ist elementar, dass der Sozialstaat und wichtige Zukunftsinvestitionen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Menschen brauchen Sicherheit bei Veränderungsprozessen. Sie müssen wissen, dass es solidarische Lösungen gibt, wenn sie in Not geraten. Die aktuellen Debatten um Kürzungen bei den Sozialleistungen sind aus unserer Sicht brandgefährlich. In der jetzigen Situation Sparmaßnahmen bei den Ärmsten ins Spiel zu bringen, treibt die Spaltung der Gesellschaft voran.

Aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Dienststellen sind stark verunsichert. Eben noch haben die Länder Berlin-Brandenburg auf industrielle Ansiedelung gesetzt und damit die Wirtschaftsleistung enorm gesteigert. Der Umbau der Wirtschaft hin zur klimaneutralen Produktion nahm an Fahrt auf - jetzt droht all das dramatisch ausgebremst zu werden. Unternehmen haben sich auf Förderzusagen verlassen und sind teilweise in Vorleistung gegangen. Die Wasserstoffstrategie sollte der energieintensiven Industrie in unserer Region Perspektiven eröffnen und mit einer Strompreisbremse oder einem Brückenstrompreis ist nicht mehr zu rechnen.

Aber nicht nur in der Industrie, auch im öffentlichen Dienst, im Baugeerbe, im Handwerk, im Verkehrswesen, der Gesundheitswirtschaft, im Einzelhandel und in vielen anderen Branchen und Betrieben sind die Menschen beunruhigt. Der notwendige Weg zur Klimaneutralität wird nur gelingen, wenn deutlich mehr Geld in die Infrastruktur investiert wird und der öffentliche Dienst funktioniert. Es braucht einen handlungsfähigen Staat.

Kontaktperson:

Katja Karger
Vorsitzende

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1
10787 Berlin
Telefon: 030 21240-100

katja.karger@dgb.de
www.berlin-brandenburg.dgb.de

Daher ist es nicht hinnehmbar, dass in den aktuellen Verhandlungen zum TVL das Karlsruher Urteil als Begründung von Lohnverlusten herhalten soll. Damit droht der öffentliche Dienst im Vergleich mit der Privatwirtschaft abgehängt zu werden - vor allem aber entsteht bei den Kolleginnen und Kollegen der Eindruck, dass sie mit Einkommensverzicht für die Krisen bezahlen sollen.

Unter dem Dach des DGB vereinen sich in Berlin-Brandenburg 330.000 Mitglieder. Für alle ist klar: Wir stehen für solidarische Krisenlösungen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts weiter verunsichert werden.

Als Regierender Bürgermeister der Hauptstadt Berlin bitten wir Sie daher: Helfen Sie mit, die Blockaden zu lösen!

Wenn die politisch Handelnden wollen, dass wir bis 2045 klimaneutral werden, müssen jetzt die Weichen gestellt und die Finanzierung gesichert werden. Die wirtschaftliche Zukunft Berlins und Brandenburgs steht auf dem Spiel.

Deshalb ist eine Reform der Schuldenbremse notwendig und wir begrüßen ausdrücklich, dass sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die Notwendigkeit dafür gesehen wird. Setzen Sie sich bitte weiterhin dafür ein.

Im ersten Schritt muss jetzt die Haushaltsnotlage für 2024 erklärt werden. Weiterhin wird ein Sondervermögen für Transformation, Investition und Infrastruktur notwendig sein, dessen Finanzierung im Grundgesetz gesichert werden kann.

Darüber hinaus sind aber auch Sie als Länderverantwortliche gefordert. Den Beschäftigten aus allen Betrieben und Dienststellen muss eine Perspektive gegeben und für die notwendigen Investitionen gesorgt werden.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wir brauchen jetzt das Zusammenwirken aller demokratischen Parteien. Die Wirkung ist fatal, wenn Politik in dieser Situation den Eindruck erweckt, es ginge nicht um Lösungen, sondern um parteipolitische Schuldzuweisungen.

Den Menschen muss die Sicherheit zurückgegeben werden, dass wir die Zukunft gemeinsam und solidarisch gestalten. Eine Region Berlin-Brandenburg ohne Infrastruktur des 21. Jahrhunderts bedroht Beschäftigung und politische wie finanzielle Handlungsspielräume der Zukunft.

Mit besten Grüßen




Katja Karger
Vorsitzende
DGB Berlin-Brandenburg



Nele Techen
stellv. Vorsitzende
DGB Berlin-Brandenburg



Stephanie Albrecht-Suliak
Bezirksleiterin
IGBCE Nordost



Michael Bartl
Vorsitzender
EVG Berlin



Tom Erdmann
Vorsitzender
GEW Berlin



Anita Kirsten
Vorsitzende
GdP Brandenburg



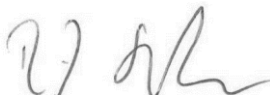
Andrea Kühnemann
Vorsitzende
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg



Nikolaus Landgraf
Regionalleiter
IG BAU Region Berlin-Brandenburg



Uwe Ledwig
Vorsitzender
NGG-Landesbezirk Ost



Dirk Schulze
Bezirksleiter
IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen